

ANFRAGE

der Abgeordneten Rosa Ecker, MBA
an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
betreffend **Missstände beim Kinderbetreuungsgeld**

Der Rechnungshof hat im Bericht zu den Leistungen nach dem Kinderbetreuungsgeldgesetz (Prüfzeitraum 2014-2018) eine Vielzahl an schwerwiegenden Mängeln offengelegt. Besonders gravierend ist, dass diese Probleme auch Jahre später in wesentlichen Punkten fortbestehen.

Anstelle einer unbürokratischen, familienfreundlichen Unterstützung erleben viele Eltern ein wahres Bürokratiemonster: lange Bearbeitungszeiten, Unsicherheit bei der Auszahlung und fehlende Transparenz. Währenddessen steigen die Kosten – allein 2018 betrugen diese fast 1,2 Mrd. Euro – ohne dass die politisch gewünschten Ziele, etwa eine stärkere Beteiligung von Vätern, erreicht würden.

Die Kritikpunkte des Rechnungshofs reichen von unzureichenden Kontrollen der Zuverdienstgrenzen, über massive Verzögerungen bei grenzüberschreitenden Fällen, bis hin zu fehlenden einheitlichen IT-Systemen und einer nach wie vor äußerst geringen Väterbeteiligung von kaum mehr als 5%.¹

In diesem Zusammenhang richtet die unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage

1. Wie erklären Sie, dass die zentralen Empfehlungen des Rechnungshofs seit Jahren nicht oder nur unzureichend umgesetzt wurden?
2. Welche konkreten Maßnahmen wurden seit 2018 von Ihrem Ministerium gesetzt, um die Missstände zu beseitigen? (Bitte um Auflistung nach Jahren)
3. Welche Empfehlungen wurden bis heute nicht umgesetzt?
 - a. Warum ist man hier untätig geblieben?
4. Welche konkreten Schritte plant Ihr Ministerium, um die Bürokratie zu reduzieren und die Transparenz für Familien zu erhöhen?
 - a. Welches Budget ist hierfür vorgesehen?
5. Wie hoch waren die Rückforderungen aufgrund nicht überprüfter Zuverdienstgrenzen in den Jahren 2019-2024? (Bitte um Angabe nach Jahren)
6. Warum wurde bis heute keine vollautomatisierte Kontrolle mit den Finanzdaten eingerichtet, obwohl der Rechnungshof dies ausdrücklich forderte?
7. Ist die Einführung einer solch automatisierten Kontrolle der Finanzdaten in Planung?
 - a. Wenn ja, wann soll diese umgesetzt werden?
 - b. Wenn nein, wieso nicht?

¹ https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVIII/III/1/imfname_1657960.pdf (aufgerufen am 01.10.2025)

8. Wie hoch schätzt Ihr Ministerium den finanziellen Schaden, der dem Bund durch mangelnde Kontrollen jährlich entsteht?
 - a. Worauf basiert diese Berechnung?
9. Welche Maßnahmen plant Ihr Ministerium derzeit, um die Väterbeteiligung weiter zu erhöhen?
 - a. Welches Budget ist hierfür vorgesehen?
10. Wie lange warten betroffene Eltern im Schnitt aktuell auf die Abwicklung grenzüberschreitender Kinderbetreuungsgeld-Fälle?
11. Warum ist es trotz jahrelanger Kritik nicht gelungen, die Verfahren zu beschleunigen und die Kommunikation mit ausländischen Behörden zu verbessern?
12. Welche Verbesserungen sind betreffend Beschleunigung von Verfahren und Kommunikation mit ausländischen Behörden vorgesehen?
13. Welche konkreten Digitalisierungsprojekte wurden gestartet, um den Rückstand aufzuholen?
 - a. Wann wurden diese Projekte gestartet und welches Budget ist dafür vorgesehen?
14. Weshalb existiert bis heute kein einheitliches IT-System, obwohl dies eine der zentralen Empfehlungen des Rechnungshofs war?
15. Wie hoch sind die jährlichen Mehrkosten, die durch parallele Systeme, z.B. die parallele Verwendung mehrerer IT-Systeme, seit 2018 entstanden sind? (Bitte um Angabe nach Jahren)
16. Bis wann plant Ihr Ministerium die vollständige Integration in ein zentrales System?
17. Wie lange beträgt die durchschnittliche Bearbeitungsdauer eines Kinderbetreuungsgeld -Antrags derzeit?
18. Welche konkreten Maßnahmen setzt Ihr Ministerium, damit Familien künftig rasch, einfach und unbürokratisch zu ihrem Kinderbetreuungsgeld kommen?
 - a. Welches Budget ist hierfür vorgesehen?

